

Beilage zur Weiszer-Zeitung

Nr. 67

Donnerstag am 20. März 1930

96. Jahrgang

Chronik des Tages.

— Reichsinnenminister Seevering veranlaßte die Einstellung von Reichszahlungen an Thüringen.
— Reichsernährungsminister Dietrich-Baden unterrichtete die Presse über die geplanten landwirtschaftlichen Notmaßnahmen.
— Der deutsche Botschafter in Moskau, von Dietrich, hatte eine längere Unterredung mit Außenminister Litwinow über die deutsch-russischen Beziehungen.
— Im Alter von 82 Jahren starb der frühere englische Ministerpräsident und konservative Führer Balfour.
— Der neue deutsche Dampfer „Europa“ hat seine Jungfernfahrt nach New York angetreten.
— Am Sonntag beginnt in Berlin die Reichsgastwirtschafsmesse 1930.
— In Berlin haben Kommunisten mehrere Kirchen beschmiert und mit Hellschreibern verhandelt.
— In Leuen bei Weylar wurden die Mörder des Frankfurter Polizeibeamten Kern festgenommen.
— Ueber das Vermögen des in London lebenden Fürsten Blücher ist der Konkurs verhängt worden. Für Blücher ist der Großteil des Feldmarschalls.

Notaktion für die Landwirtschaft

Reichsernährungsminister Dietrich vor der Presse. — Einbringung der Hilfsanträge im Reichstag. — Berlin, 20. März.

Reichsernährungsminister Dietrich-Baden gab vor der Presse Erklärungen über die Notwendigkeit sofortiger Hilfsmaßnahmen für die deutsche Landwirtschaft ab. Eingehend schilderte der Minister die katastrophalen Verhältnisse auf den Getreidemärkten und betonte dabei, die entscheidende Aufgabe sei die Stützung der Roggenpreise. Notwendig sei aber auch die Förderung des Weizenbaues, bei der es darauf ankomme, daß die deutsche Landwirtschaft zwei Millionen Tonnen Roggen weniger und zwei Millionen Tonnen Weizen mehr anbaue. Beeinträchtigt worden seien die Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft dadurch, daß Deutschland erst mit der Kündigung des Schwedenvertrags freie Hand bekommen habe.

Hinsichtlich der Einzelheiten der landwirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen haben sich die Regierungsparteien auf die Einbringung folgender Anträge im Reichstag geeinigt:

Der Weizenoll soll um 2,50 Reichsmark auf 12 Reichsmark je Doppelzentner erhöht werden. Beim Roggen bleiben die bisherigen Zollbestimmungen bestehen. Der Gerstenzoll soll auf 10 Reichsmark heraufgesetzt werden, mit der Möglichkeit einer Zollermäßigung auf 2 Reichsmark, wenn der Nachweis erbracht wird, daß der Käufer ein bestimmtes Quantum Roggen zur Verfütterung erworben hat. Wer einen Zentner Roggen zu Futterzwecken kauft, hat demnach die Berechtigung, zwei Zentner Gerste zu verbilligten Zollsatz von 2 Reichsmark einzuführen.

Dafür, der bisher einen seltenen Zoll von 6 Reichsmark je Tonne hatte, wird nunmehr auch variabel gestaltet, und zwar soll die Zollspanne 4 bis 12 Reichsmark betragen. Der Weizenoll soll auf das anderthalbfache des entsprechenden Getreidezoll gesetzt werden, zusätzlich einer Freiszulassung von 5,25 Reichsmark je Doppelzentner. Kleie soll mit einem Zoll belegt werden von jeweils der Hälfte des in Geltung befindlichen Getreidezolls, ausgenommen Weizenkleie.

Die Zollfestsetzung soll in Zukunft errechnet werden auf der Grundlage des Durchschnittspreises von vier Monaten, während bisher drei Monate die Grundlage bildeten.

Beim Weizen ist eine sogenannte Katastrophenklausel eingefügt worden, die besagt, daß Regierung, Reichsrat und ein Reichstagsausschuß ermächtigt sind, den Zoll weiter heraufzusetzen, wenn der Weltmarktpreis bis 40 Prozent unter den am 18. März geltenden Preis herabsinkt. Der Kartoffelzoll soll vom 15. Februar bis 31. März statt 4 Reichsmark 20 Reichsmark betragen. Diese Maßnahme richtet sich gegen die Einfuhr der als Luxusgenusmittel betrachteten sogenannten Maltakartoffeln.

Der Zuckersoll wird von 25 auf 32 Mark für den Doppelzentner erhöht. Gleichzeitig tritt eine (zur Zeit wegen des niedrigen Zuckerspreises nicht effektiv werdende) Ermäßigung des deutschen Zuckerspreises an der Magdeburger Börse von 42 bis 44,70 Mark pro Doppelzentner auf 41 bis 43,70 Mark pro Doppelzentner ein.

Für Mais ist die öffentliche Bewirtschaftung vorgesehen, und zwar unter Beteiligung und Einschaltung des Handels. Bekanntlich ist der Maiszoll im Handelsvertrage mit Jugoslawien mit 25 Mark pro Tonne gebunden. Da Jugoslawien selbst wenig Mais nach Deutschland importiert, wird es durch diese Maßnahmen nicht sonderlich berührt, zumal Vorsorge getroffen werden soll, daß man sich mit Jugoslawien verständigt.

Der Zeitpunkt der Inkraftsetzung der neuen Zollsätze soll der Reichsregierung überlassen bleiben.

Das Agrarprogramm der Opposition.

In den Kreisen der Rechtsparteien hält man die von den Regierungsfractionen in Aussicht genommener Maßnahmen nicht für ausreichend. Abgeordnete der Deutschnationalen Volkspartei, der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei und des Bayerischen Bauernbundes haben daher neue Anträge eingebracht, in denen, über das Regierungsprogramm hinausgehend, die Erhöhung des Weizenollers bis zu 20 Mark und die

Erhöhung der Rölle für die übrigen Getreidearten bis auf 15 Mark gefordert wird. Ferner beantragten die Rechtsparteien die Erhöhung des Zuckersolls auf 35 Mark und des Zollsatzes für Maltakartoffeln auf 30 Mark.

Konflikt mit Thüringen.

Seevering veranlaßt die Einstellung von Reichszahlungen an Thüringen. — Berlin, 20. März.

Der Reichsminister des Innern, Seevering, hat an das Thüringische Staatsministerium folgendes Schreiben gerichtet:

„Auf mein Schreiben vom 17. Februar habe ich bis heute eine Antwort nicht erhalten, dagegen hat nach bisher unwiderprochenen Zeitungsmeldungen das Mitglied des Thüringischen Staatsministeriums, Herr Minister Fried, in einer öffentlichen Versammlung erklärt, daß ich auf eine Antwort lange warten könne. Diese Haltung des Herrn Staatsminister Fried hat mich veranlaßt, für den Geschäftsbereich meines Ministeriums Anordnungen dahin zu treffen, daß Anfragen und Schreiben des Thüringischen Staatsministeriums nicht früher beantwortet werden, bis eine Antwort auf mein Schreiben, auf die ich übrigens keineswegs warte, eingegangen ist.“

Gleichzeitig sind die zuständigen Stellen meines Ministeriums angewiesen worden, alle Ueberweisungen aus Fondsmitteln des Reichsinnenministeriums an Thüringen einzustellen.

Schließlich mache ich darauf aufmerksam, daß mir Nachrichten zugegangen sind, die begründete Zweifel darüber erwecken, ob die Voraussetzungen für die Gewährung eines Reichszuschusses für Polizeizwecke von Seiten des Thüringischen Staatsministeriums noch erfüllt sind. Ich bin daher nicht in der Lage, weitere Zuschüsse anzuweisen, wenn nicht vom Thüringischen Staatsministerium der bündige Beweis dafür erbracht werden kann, daß von ihm die Grundfätze für die Gewährung des Reichszuschusses in vollem Umfange beobachtet werden.“

Die Vorgeschichte des Konflikts.

Das Vorgehen des Reichsinnenministers gegen Thüringen bzw. den der Nationalsozialistischen Partei angehörenden thüringischen Staatsminister Fried wurde in parlamentarischen Kreisen eingehend erörtert. Da es sich bei der Sperrung der Reichszahlungen um einschneidende Maßnahmen handelt, nimmt man an, daß Seevering vorher die Zustimmung des Reichskabinetts zu seiner Aktion eingeholt hat.

Was das von Seevering erwähnte Schreiben vom 17. Februar betrifft, handelt es sich hierbei um eine Anfrage, ob der Jugendbund „Adler und Falke“, dessen Mitgliedschaft Oberstudienrat Siefert seinen Schülern verboten hatte und weswegen er von Fried gemahregelt worden war, nicht doch gegen die Reichsverfassung verstoße.

Die Sperrung der Polizeizuschüsse dürfte mit den von der sozialdemokratischen Presse in großer Aufmachung gebrachten Meldungen in Zusammenhang zu bringen sein, nach denen Staatsminister Fried die thüringische Polizei in eine „nationalsozialistische Kampftruppe“ umzuwandeln bemüht sein soll.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 20. März 1930.

— Reichspräsident von Hindenburg empfing den deutschen Gesandten in Bukarest, von Mutius.

• Demonstrationsverbot wird in Preußen aufgehoben. Der preussische Innenminister wird das im Dezember vorigen Jahres wegen verschiedener schwerer Ausschreitungen erlassene allgemeine Demonstrationsverbot unmittelbar nach der Verkündung des vom Reichstag verabschiedeten Republikenschutzgesetzes wieder aufheben.

Rundschau im Auslande.

• Die Berufungsverhandlung gegen den Geschäftsführer des Deutschen Volksbundes in Kattowitz, Ullrich, soll nunmehr „endgültig“ am 9. April beginnen.

• Der neue französische Staatshaushaltsplan weist an Stelle eines erwarteten Ueberschusses einen Fehlbetrag von 455 Millionen Franken auf.

• Der Präsident der Vereinigten Staaten, Hoover, plant eine Reise nach Mexiko.

Blockadierungen vor Toulon.

• Das französische Mittelmeergeschwader fährt gegenwärtig große Manöver an der französischen Küste aus. Am Mittwoch übte die Flotte die gewaltsame Blockade der See von Toulon. An den Manövern nahmen auch zahlreiche Offiziere des Landheeres teil.

Steuer-Rampf eröffnet.

Erste Lesung der Finanzvorlagen im Reichstag. — Plakatierung der Hindenburg-Rundgebung. — Berlin, den 19. März 1930.

Der Reichstag beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung in erster Lesung mit den vom Reichsrat verabschiedeten Finanz- und Steuergesetzen. Es handelt sich um die Aufbringungsumlage für 1930, die Benzin- und Benzolvorläufe, die Vorberleuna der

Termine für die Entrichtung der Zuder- und Tabaksteuern, um die Erhöhung der Biersteuer und die Einführung einer Mineralwassersteuer.

Vor dem Beginn der Steuerdebatte wurde der Antrag der Regierungsparteien auf öffentliche Bekanntmachung der Rundgebung des Reichspräsidenten zur Inkraftsetzung der Youngsche verhandelt. Der Antrag wurde mit 218 Stimmen der Regierungsparteien gegen 130 Stimmen der Rechten bei 26 Enthaltungen angenommen.

In Ausführung des Reichstagsbeschlusses wird die Rundgebung des Reichspräsidenten von Hindenburg nunmehr im Verlaufe der nächsten Tage in den Städten und Dörfern öffentlich angeschlagen werden.

In der Debatte über den Anschlag der Rundgebung des Reichspräsidenten erklärte Abg. Dr. Obersohn für die Deutschnationale Volkspartei, seine Partei sehe in dem Antrag auf Plakatierung der Rundgebung einen parteipolitischen Versuch, Hindenburg die Verantwortung zuzuschreiben, das Staatsoberhaupt in den Parteilampf hineinzuziehen und sein weltgeschichtliches Ansehen für Parteizwecke auszunutzen. Redner schloß seine Erklärung mit den Worten: Von unserer Ueberzeugung, daß der Herr Reichspräsident in seiner Rundgebung von einer irrigen Auffassung der gesamten Lage und der Folgen des Youngplans ausgeht, können wir uns auch nicht durch die Befühle der Berechnung abbringen lassen, die wir seiner historischen Verantwortlichkeit schulden. Unser „Nein“ gilt dem gemeinsamen Charakter des Antrages der Koalitionsparteien.

Nachdem Abg. Söder (Komm.) gegen die Rundgebung gesprochen hatte, stimmte Abg. Dremsch (Wirtsch.) der Mahnung Hindenburgs zur Einigkeit zu. Den Anschlag der Rundgebung lehnte Redner aus Erparnisgründen ab.

Abg. Sepp (Christl.-Nat.) erklärte, seine Partei stehe tief erschüttert vor der Tatsache, daß Deutschland auf Generationen wirtschaftlich verflucht worden sei. Die Plakatierung der Rundgebung des Reichspräsidenten sei nicht geeignet, die Mahnung des Reichspräsidenten, parteipolitische Gegensätze zurückzustellen, zu erfüllen. Da die Autorität des Reichspräsidenten mißbraucht werden solle, lehne seine Partei die Plakatierung ab.

Abg. Straffer (Nat.-Soz.) erklärte, Hindenburg sei der Stabilisierungsfaktor der Republik geworden. Die deutsche Befreiung werde durch den Youngplan im Jahrzehnte hinausgeschoben. Der Sozialdemokrat Dittmann, der der Antrag auf Plakatierung der Hindenburg-Rundgebung mit als erster unterzeichnet habe, hätte 1917 erschossen werden müssen.

In der Beratung der Steuergesetze erinnerte Abg. Dr. Rademacher (Dnt.) an die im Dezember angekündigten Steuererhöhungen in Höhe von 915 Millionen. Nichts sei von dieser Entlastung eingetreten. Bismarck werde der deutschen Wirtschaft eine Neubelastung von 405 Millionen zugemutet. Seit Dezember betrage die absolute Neubelastung der Steuerträger sogar 925 Millionen. Auch für 1931 werde sich nicht die Möglichkeit einer erheblichen Steuererleichterung ergeben. Der Redner schilderte dann die Lage der deutschen Wirtschaft. Verantwortlich zu machen dafür sei die verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer

erklärte, er wolle heute nur auf die vom Vortrager aufgeworfene grundsätzliche Frage eingehen, wie sich die jetzigen Vorlagen mit den Verpflichtungen aus dem vorigen Jahre vereinbaren ließen. Ich habe, so erklärte der Minister, in voller Offenheit die finanzielle Lage dargestellt und keine unerfüllbaren Versprechungen gemacht. Wenn Dr. Rademacher oder ein anderer Deutschnationaler an meiner Stelle stände und einen nicht ausbalancierten Etat und eine höchst ungünstige Kassenlage vorkäme, wenn er vor der unerträglichen Situation stände, daß das Deutsche Reich pumpen muß, um nur den Ultimo zu überwinden, dann würden doch auch Sie in erster Linie darüber nachdenken, wie vor allen Dingen die Kasse saniert werden kann. Ich habe nach der Möglichkeit von Sparnissen zu suchen und habe mich dabei gegen Ausgabenforderungen aller Parteien zu wehren. Man kann natürlich nicht einseitig auf die Arbeitslosenversicherung verweisen. Denn keiner wird es für möglich halten, die Leistungen dieser Versicherung mit einem Schlage um 300 oder 400 Millionen zu senken. Ein anderer denkbarer Weg wäre der einer entsprechenden Kürzung der Beamtengehälter, ein Vorschlag, gegen den ich mich mit größter Entschiedenheit aus staatspolitischen Gründen wehre.

Wenn Sie allerdings die Steuern nicht bewilligen wollen, dann müssen entweder die Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung gesenkt oder die Beamtengehälter gekürzt werden.

Im Auftrage des Kabinetts bin ich zusammen mit dem Reichsfinanzkommissar damit beschäftigt, ein Ausgabenleistungsgesetz für Reich, Länder und Gemeinden auszuarbeiten. Die Arbeit hat begonnen, ob sie weitergeführt werden kann, hängt von Ihnen ab. Der Reichsrat wird morgen das Gesetz über den Finanzausgleich verabschieden. Er wird noch in dieser Woche das Gesetz zur Vorbereitung der Reichsfinanzreform behandeln, das die Steuererhöhungsvorschläge enthält. Unmittelbar darauf wird er in die Beratung des Einkommensteuergesetzes eintreten. Es ist uns durchaus ernst damit, über die Sanierung der Kasse zur Entlastung der Wirtschaft zu kommen. Die letzten Ausschüsse zu Gunsten der Landwirtschaft zeigen gleichfalls den ersten Willen der Regierung.

Abg. Neubauer (Komm.) erklärte, die Steuervorlagen seien der Gipfel der Arbeiterfeindschaft.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer teilte mit, daß ein Gesetz in Vorbereitung sei, das auch die inländische Benzin- und Benzolproduktion einer Abgabe unterwerfe.

Abg. Colloffer (Wirtsch.) bezeichnete die Steuervorlagen als das Ende eines Trauerjahres.

Abg. Keil (Soz.) erklärte, die Wirtschaftspartei habe am wenigsten Anlaß, der Sozialdemokratie Vorwürfe zu machen. Steuererhöhung sei erst möglich nach erfolgter Sanierung der Reichskasse. Der Vorschlag, das Kassenheft durch einen einmaligen Zuschlag zur Einkommensteuer zu beseitigen, sei leider an dem Widerstand der übrigen Parteien gescheitert.

Abg. Dr. Föhr (Agr.) wies darauf hin, daß gerade das Zentrum die Finanzierung mit größtem Nachdruck verlangt habe. Das Zentrum wüßte, daß diese Sanierung mit parlamentarischen Mitteln erfolge. Bezüglich der Einzelheiten behält sich der Redner die Stellungnahme für die Ausfühverhandlung vor.